

Protokoll der Fluglärmkommission vom 9.12.20

Die Fluglärmkommission fand dieses Jahr als Teams-Meeting statt, sodass die Möglichkeit des persönlichen Austausches stark eingeschränkt war.

Die Leitung des Flughafens berichtete über das Sommerflugprogramm und Veränderungen bezüglich der Flugrouten:

1. Das Sommerflugprogramm wird auch 2121 entsprechend der alten Regelungen durchgeführt.
2. Die Zahl der stationierten Fluggeräte ist gleich geblieben und die Zahl der Flugbewegungen liegt geringfügig unter dem Stand des Vorjahres
3. Die nördliche Übungsrunde, die ausschließlich von Starrflüglern geflogen wird, wurde dahingehend verändert, dass nördlich von Igstadt ein bereits bestehender Kontrollpunkt, der bisher inoffiziell benutzt wurde und nun offiziell eingerichtet ist. Dies soll bewirken, dass die zukünftigen Vorbeiflüge etwas weiter nördlich stattfinden.
4. Die Flugroute um Breckenheim herum wurde noch etwas nach Osten verlagert und die Flughöhe soweit angehoben, wie es in Koordination mit dem Frankfurter Flughafen möglich ist.
5. Der alte Kontrollpunkt Cynthia, der auf dem Rhein lag und von dem aus die alte Sichtflugroute über das Ostfeld begann, wird gestrichen und damit diese Route aufgelöst. Aus dieser Richtung werden also zukünftig keine Flüge mehr über das geplante zukünftige Ostfeld stattfinden.
6. Die alte Instrumentenan- und -abflugroute wird in den ersten Monaten 2021 erweitert, sodass alle Flüge, die über die Sichtflugroute abgewickelt wurden, nun über die Instrumentenabflugroute geführt werden. Die Leitung des Flughafens rechnet mit 10-15 zusätzlichen Flügen pro Woche, die damit über den Bereich Biebrich-Nord und in InfraServ anfallen werden. Gleichzeitig sollen An- und Abflug erhöht werden, um den Lärm am Boden zu reduzieren. Die Übungsrunde im Süden des Flughafens wurde verkleinert und die Flughöhe angehoben, da vor allem Delkenheim weniger beeinträchtigt werden soll..
7. Zur geplanten Verlagerung der Hauptquartiere aus Vincenzo und Stuttgart liegen den Verantwortlichen noch keine Informationen vor und insofern können Sie keine Aussagen über die möglichen Konsequenzen für den Flugbetrieb treffen..

Der Bericht der Bundeswehr beschränkte sich darauf zu dokumentieren, dass die Zahl der Flüge in den letzten Jahren nicht wesentlich verändert hat, ebenso wie die Zahl der Beschwerden.

Bewertung:

Die durch BiLGUS gestellten Fragen bezüglich der Verlegung der Sichtflugroute wurden damit schon beantwortet. Die Frage bezüglich des Lärmgutachtens zum Ostfeld konnte in diesem Zusammenhang nicht diskutiert werden, da die Betreiber des Flughafens nur beteiligt und nicht Auftraggeber sind. Diese Fragen müssten mit der Stadt Wiesbaden und der SEG geklärt werden, da aus unserer Sicht die Beauftragung dieses Prüfprozesses durch einen privaten Auftraggeber (SEG) zu mindestens fragwürdig erscheint. Es ist bekannt geworden, dass das gleiche Prüfinstitut beauftragt wurde, das bereits das Gutachten im Zusammenhang mit dem Baugebiet Hainweg in Nordenstadt erstellt hat. Schon damals fiel dieses Institut nicht durch hohe Qualität der Interpretation auf, da durch die Verantwortlichen geleugnet wurde, dass Schall durch die Windrichtung beeinflusst wird. Wir erinnern uns daran, dass die damaligen Messungen ausschließlich bei Nord-Nordost-Wind stattfanden und die aufgestellten Mikrofone natürlich nur deutlich

reduzierte Dezibelwerte verzeichnen konnten. Von daher stellen wir die Qualität des Gutachtens schon jetzt infrage.

Sowohl die Verlagerung der Sicht Flugroute, die zu einem erhöhten Flugaufkommen im Bereich Biebrich-Nord und InfraServ führen wird, als auch die in der Presse angekündigte Erweiterung der Funktion des Standorts, sind in ihren Auswirkungen noch nicht vollständig absehbar, doch im Hinblick auf eine mögliche Erhöhung der Lärmimmissionen kritisch zu betrachten.

Darüber hinaus bleiben Fragen im Zusammenhang mit dem Instrumentenabflug bestehen, nämlich inwieweit hier erweiterte Lärmschutzzonen einzurichten sind, die sich auf eine mögliche Bebauung auswirken. Die die Notwendigkeit der Einrichtung solcher Lärmschutzzonen wird bisher von den Verantwortlichen negiert.